

Unsere Republik stellt dabei keine diskriminierenden Bedingungen. Die westdeutsche Regierung dagegen hat offen erklärt, daß sie über die sogenannte Entwicklungshilfe Einfluß auf das Staatswesen und die soziale Struktur dieser Länder nehmen will.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert, daß unsere Republik in ihrer Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Unabhängigkeit nicht nachlassen wird, daß sie auch künftig konsequent für die Liquidierung der Überreste des schändlichen Kolonialregimes und aller Formen von Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassendiskriminierung eintreten wird.

In Gesprächen mit Parlamentariern und anderen einflußreichen Persönlichkeiten aus NATO-Ländern, die in immer größerer Anzahl die DDR besuchen, wurde wiederholt die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen dieser Länder zu unserer Republik unterstrichen. Als erste Schritte hierzu wären notwendig, die Einschränkung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR und die Behinderung der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet, durch die Willkürmaßnahmen des von der Bonner Regierung inspirierten und von Besatzeroffizieren kommandierten sogenannten alliierten Reiseamtes in Westberlin endlich zu beenden. Die Bonner Regierung fordert ständig mit lauten Worten „Freiheit“ im Reiseverkehr und verhindert sie selbst durch ihre Taten. Tatsache ist doch, daß das weltberühmte Berliner Ensemble in NATO-Ländern nicht auftreten konnte. Tatsache ist doch, daß DDR-Vertretern die Teilnahme an internationalen Tagungen in NATO-Staaten unmöglich gemacht wurde. Tatsache ist doch, daß Bonner Kreise die Teilnahme großer westdeutscher Unternehmen als Aussteller auf der Leipziger Messe verhindert haben und westdeutsche Kaufleute, die die Leipziger Messe besuchten, diskriminiert werden, was eindeutig eine Verletzung der bestehenden Handelsvereinbarungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik darstellt. Wer solche Behinderungen organisiert, ist ein Gegner der friedlichen Zusammenarbeit und der Freiheit des Reiseverkehrs.

Die Bonner Forderungen an die NATO-Bündnispartner, gegenüber den sozialistischen Staaten die Embargo-Politik